



Stadt Rudolstadt

Amtliche Bekanntmachungen

Beschlüsse des Stadtrates der Stadt Rudolstadt vom 08. Dezember 2016

Beschluss: 165/2016

Herrn **Horst Fleischer** wird die Ehrenbürgerschaft der Stadt Rudolstadt verliehen.

Beschluss: 180/2016

1. Der Abschluss des Wärmeliefervertrages (gemäß Anlage) mit der Energieversorgung Rudolstadt GmbH für das städtische Objekt: Funktionsgebäude Freibad, Kleiner Damm 19/20, 07407 Rudolstadt wird beschlossen.
2. Gemäß §2 Abs.6 Wärmeliefervertrag wird die Eintragung einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit zu Lasten des Flurstücks 2010/1484 bzw. 1484/24 der Flur 12 von Rudolstadt, Grundbuchblatt 3800 zugunsten der Energieversorgung Rudolstadt GmbH bewilligt.

Beschluss: 177/2016

Der Stadtrat der Stadt Rudolstadt beschließt, den Vertrag mit der AWO Soziale Dienste gGmbH Rudolstadt über die Finanzierung von Ausstattungsgegenständen für die Außenstelle der Kindertagesstätte „Feste Burg“ in der Regelschule „Friedrich Schiller“ abzuschließen.

Beschluss: 179/2016

Der Stadtrat der Stadt Rudolstadt beschließt, den Betreibervertrag vom 01.03.2011 mit der AWO Soziale Dienste Rudolstadt gGmbH um den in der Anlage beigefügten 1. Nachtrag zu ergänzen.

Satzung über die Benutzung der städtischen Bestattungseinrichtungen - Rudolstädter Friedhofssatzung (RuFriedS) - - Neufassung vom 26.01.2017

Aufgrund der §§ 19, 20, 21 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung – ThürKO) in der Fassung der Neubekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07. Oktober 2016 (GVBl. S. 506, S. 513) und des § 33 des Thüringer Bestattungsgesetzes (ThürBestG) vom 19. Mai 2004 (GVBl. S. 505), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. Juli 2009 (GVBl. S. 592) hat der Stadtrat der Stadt Rudolstadt in seiner Sitzung vom 10. November 2016 folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen § 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Friedhofssatzung gilt für folgende im Gebiet der Stadt Rudolstadt gelegenen und von ihr verwalteten Friedhöfe:

Hauptfriedhof:	Nordfriedhof
Stadtteilmfriedhöfe:	Friedhof Eichfeld
	Friedhof Keilhau
	Friedhof Mörla
	Friedhof Schaala
	Friedhof Schwarzza
	Friedhof Volkstedt

- (2) Das Recht der Kirchen, die im Stadtgebiet bestehenden kirchlichen Friedhöfe zu betreiben, bleibt von dieser Satzung unberührt.

§ 2 Bestattungsbezirke

Das Stadtgebiet wird in folgende Bestattungsbezirke eingeteilt:

1. Bestattungsbezirk des Nordfriedhofes als Hauptfriedhof ist das gesamte Territorium der Stadt Rudolstadt (einschließlich der eingemeindeten Ortsteile).
2. Bestattungsbezirke der Stadtteilmfriedhöfe sind die Territorien der jeweiligen Stadtteile.

§ 3 Friedhofszweck

- (1) Die Friedhöfe dienen der Bestattung aller Personen,
 - 1.1. die bei ihrem Ableben Einwohner der Stadt Rudolstadt waren,
 - 1.2. die ein Recht auf Beisetzung in einer bestimmten Grabstätte besaßen,
 - 1.3. die innerhalb des Stadtgebietes verstorben sind, soweit sie nicht auf einen Friedhof einer anderen Kommune überführt werden
- (2) Die Bestattung anderer Personen bedarf der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Ein Rechtsanspruch auf Erteilung der Zustimmung besteht nicht.
- (3) Die Friedhöfe erfüllen auch allgemeine Grünflächenfunktionen aufgrund ihrer gärtnerischen Anlage.

§ 4 Schließung und Entwidmung

- (1) Die Friedhöfe und Friedhofsteile können aus wichtigem öffentlichem Grund für weitere Bestattungen gesperrt (Schließung) oder einer anderen Verwendung (Entwidmung) zugeführt werden.
- (2) Durch die Schließung wird die Möglichkeit weiterer Bestattungen ausgeschlossen. Soweit durch Schließung das Recht auf weitere Bestattungen in Wahlgrabstätten erlischt, wird den Nutzungsberechtigten für die restliche Nutzungszeit bei Eintritt eines weiteren Bestattungsfalles auf Antrag eine andere Wahlgrabstätte zur Verfügung gestellt. Außerdem kann er die Umbettung bereits bestatteter Leichen und Aschereste Verstorbener verlangen, bei denen die Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist. Die Umbettungstermine sind Angehörigen des Verstorbenen bzw. Nutzungsberechtigten mitzuteilen, wenn deren Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist.
- (3) Durch die Entwidmung geht die Eigenschaft des Friedhofes als Ruhestätte der Toten verloren. Die Bestattungen werden, falls die Ruhezeit noch nicht abgelaufen ist, auf Kosten der Stadt Rudolstadt in andere gleichwertige Grabstätten umgebettet.



- (4) Schließung und Entwidmung werden öffentlich bekannt gegeben. Der Nutzungsberechtigte einer Wahlgrabstätte erhält außerdem einen schriftlichen Bescheid, wenn sein Aufenthalt bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist.
- (5) Ersatzgrabstätten werden von der Stadt Rudolstadt auf ihre Kosten in ähnlicher Weise wie die Grabstätte auf dem entwidmeten oder außer Dienst gestellten Friedhöfen bzw. Friedhofsteilen hergerichtet. Die Ersatzgrabstätten werden Gegenstand des Nutzungsrechtes.

II. Grabstätten

§ 5 Allgemeines

- (1) Die Grabstätten bleiben Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen können nur Rechte nach dieser Satzung erworben werden.
- (2) Die Grabstätte werden unterschieden in:
 - Erdreihengrabstätten
 - Urnenreihengrabstätten
 - Erdwahlgrabstätten
 - Urnenwahlgrabstätten
 - Reihenerdgrabstätten im Gräberhain
 - Reihenumengrabstätten im Gräberhain
 - Urnengemeinschaftsanlagen
 - Baumbestattungsplätze
 - Ehrengabstätten

2.1. Reihengrabstätten

Reihengrabstätten sind Grabstätten, die der Reihe nach belegt und erst im Todesfall für die Dauer der Ruhezeit des zu Bestattenden oder der Aschen zugeteilt werden. Ein Wiedererwerb des Nutzungsrechtes an der Reihengrabstätte bzw. eine Verlängerung ist nicht möglich. Es gibt Reihengrabstätten für Erdbestattungen (Erdreihengräber) und Reihengrabstätten zur Beisetzung von Aschen (Urnenreihengräber).

2.2. Wahlgrabstätten

Wahlgrabstätten sind Grabstätten, an denen ein Nutzungsrecht für die Dauer von 20 bzw. 30 Jahren verliehen und deren Lage im Benehmen mit dem Nutzungsberechtigten festgelegt wird. Ein Wiedererwerb bzw. eine Verlängerung der Nutzungsrechte ist auf Antrag möglich. Ein Rechtsanspruch besteht nicht. Es gibt Wahlgrabstätten für Erdbestattungen (Erdwahlgrabstätten) und zur Beisetzung von Urnen (Urnenwahlgrabstätten).

2.3. Reihengrabstätten im Gräberhain

Reihengrabstätten im Gräberhain sind Belegungsflächen des Friedhofes, die durch die Friedhofsverwaltung gestaltet und gepflegt werden. Die Gräber sind durch kleine liegende Tafeln bezeichnet, eine Ablage von Blumenschmuck darf ausschließlich auf den Tafeln erfolgen, es ist keine Bepflanzung möglich. Es gibt Reihenerdgrabstätten und Reihenumengrabstätten im Gräberhain.

2.4. Urnengemeinschaftsanlagen

Urnengemeinschaftsanlagen sind Belegungsflächen des Friedhofes, in denen unter Verzicht auf Einzelgrabstätten eine bestimmte Anzahl von Urnen gemeinschaftlich beigesetzt werden kann. Diese Anlagen werden durch die Friedhofsverwaltung gestaltet und gepflegt. Auch hier ist keine Bepflanzung durch die Hinterbliebenen möglich. Die Bestattung erfolgt anonym ohne Namensnennung. Das Aufstellen von Einzelgrabmalen ist nicht gestattet.

2.5. Baumbestattungsplätze

Bei Baumbestattungen werden die Urnen im Wurzelbereich eines Ruhebaumes auf dem Friedhof vorgenommen. Diese Anlagen werden durch die

Friedhofsverwaltung angelegt und gepflegt. Auch hier ist keine Bepflanzung durch die Angehörigen möglich. Das Aufstellen von Einzelgrabmalen ist nicht gestattet.

2.6. Ehrengabstätten

Ehrengabstätten sind Ausdruck einer öffentlichen Auszeichnung bzw. Ehrung für bedeutende Einzelpersonen oder eine Gedächtnisstätte für einen bestimmten Personenkreis.

Gedächtnisstätten im Sinne des Kriegsgräbergesetzes sind dauerhaft zu erhalten.

- (3) Erdbestattung erfolgen in

- 3.1. Erdreihengrabstätten
- 3.2. Erdwahlgrabstätten
- 3.3. Reihenerdgrabstätten im Gräberhain

- (4) Urnenbeisetzungen erfolgen in

- 4.1. Urnenreihengrabstätten
- 4.2. Urnenwahlgrabstätten (bis 2 Urnen ; bis 6 Urnen)
- 4.3. Erdreihengrabstätten
- 4.4. Erdwahlgrabstätten
- 4.5. Urnengemeinschaftsanlagen (anonym ohne Namensnennung)
- 4.6. Reihenumengrabstätten im Gräberhain
- 4.7. Baumbestattungsplätzen

- (5) Es besteht kein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Umgebung einer Grabstätte

- (6) Grabnutzungsrechte an neuen Grabstätten werden bei Eintritt eines Sterbefalles vergeben. Der Erwerb von Grabstätten vor Eintritt eines Sterbefalles ist nur bei Wahlgrabstätten möglich. Die Vergabe der Grabnutzungsrechte an Reihen- und Wahlgrabstätten sowie der Begräbnisplätze im Gräberhain, in den Urnengemeinschaftsanlagen oder der Ruheebäume erfolgt ausschließlich nach einem Beratungsgespräch mit den Angehörigen des Verstorbenen und der Friedhofsverwaltung. Es wird ein zeitlich begrenztes Nutzungsrecht vergeben.

- (7) Mit der Vergabe einer Grabstätte für Erdbestattung einschließlich bei Nachbelegungen in Erdwahlgrabstätten übernimmt die Friedhofsverwaltung die Erstherrichtung. Dabei ist eine sogenannte „Setzzeit“ des aufgefüllten Erdreiches zu beachten. Diese beträgt mindestens sechs Monate. Bei schwierigen Boden- oder Witterungsverhältnissen kann die Friedhofsverwaltung auch eine längere „Setzzeit“ festlegen.

- (8) Erdbestattungen können auf dem Nordfriedhof sowie den Stadtteilfriedhöfen Volkstedt, Mörla, Schaala, Eichfeld und Keilhau stattfinden. Die Bestattung von Urnen ist auf allen kommunalen Friedhöfen der Stadt Rudolstadt möglich.

- (9) Nutzungsrechte können nur auf Antrag nach den Bestimmungen der jeweils geltenden Gebührensatzung für andere Ansprüche angerechnet werden. Die Zustimmung ist nur dann möglich, wenn die gesamte Grabstätte sofort weiterer Verwendung zugeführt werden kann. Eine Rückerstattung von Kosten wird nicht vorgenommen.

§ 6 Reihengrabstätten

- (1) In jeder Erdreihengrabstätte darf nur eine Leiche beigesetzt werden. Es ist jedoch zulässig, in einer Reihengrabstätte gleichzeitig die Leiche eines Kindes unter einem Jahr und eines Familienangehörigen oder die Leichen von gleichzeitig verstorbenen Geschwistern unter 5 Jahren beizusetzen. Eine zusätzliche Urnenbeisetzung in einem Reihengrab für Erdbestattungen ist nur dann möglich, wenn dadurch die



Nutzungsdauer des Reihengrabes nicht überschritten wird. In einer Reihengrabstätte im Gräberhain werden keine zusätzlichen Urnenbeisetzungen vorgenommen.

- (2) Es werden eingerichtet:
 - 2.1. Erdreihengrabstätte für Verstorbene bis zum vollendeten 5. Lebensjahr (Kindergrabfeld) Größe: 1,40 m lang, 0,80 m breit, Ruhezeit = Nutzungszeit 20 Jahre
 - 2.2. Erdreihengrabstätte für Verstorbene ab dem vollendeten 5. Lebensjahr Größe: 2,10 m lang, 1,00 m breit, Ruhezeit = Nutzungsdauer 20 bzw. 30 Jahre
 - 2.3. Reihenerdgrabstätte im Gräberhain
- (3) Auf Antrag kann eine Verlängerung des Nutzungsrechtes für Erdreihengräber nach § 6, Abs. 2.1. (Kindergrabstätten) gewährt werden. Ein Rechtsanspruch besteht nicht.
- (4) In einer Urnenreihengrabstätte kann im Normalfall nur eine Urne beigesetzt werden, es können nur dann mehrere Aschen beigesetzt werden, wenn die Ruhezeit der zuletzt bestatteten Asche die Ruhezeit der zuerst bestatteten Asche nicht übersteigt. Die Größe der Urnenreihengrabstätten beträgt mindestens 0,90 m x 0,90 m.
- (5) Das Abräumen von Reihengrabfeldern oder Teile von Ihnen nach Ablauf der Ruhezeit ist drei Monate vorher öffentlich und durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt zu geben.
- (6) Reihenerdgrabstätten im Gräberhain sind Belegungsflächen des Friedhofes. Sie werden durch die Friedhofsverwaltung gestaltet und gepflegt. Angehörige des Verstorbenen gehen die Verpflichtung ein, nach einer Setzzeit von sechs Monaten, fachgerecht durch einen Steinmetz, kleine liegende Gedenktafeln mit dem Namen und den Geburts- und Sterbedaten des Verstorbenen setzen zu lassen. Die Tafeln unterliegen in ihrer Gestaltung folgenden Anforderungen:

Größe: Höhe 0,40 m, Breite 0,40 m Stärke von 5 cm auf 10 cm steigend,

Material: Granit, Farbe: hellgrau, einfache oder aufgesetzte Schrift. Ein Schmuckornament und eine Vasenöffnung sind möglich. Blumenschmuck (kleine Gebinde oder Kränze) darf ausschließlich nur auf den Gedenktafeln abgelegt werden (keine Bepflanzung). Diese werden nach gegebener Zeit durch die Friedhofsverwaltung entfernt.
- (7) Zubettungen von Urnen sowie Umbettungen von Gebeinen in Reihenerdgrabstätten im Gräberhain sind nicht möglich. Eine Abteilung dieser Grabart wird auf dem Nordfriedhof und den Stadtteolfriedhöfen Volkstedt, Mörla, Schaala, Eichfeld und Keilhau eingerichtet.
- (8) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten die Vorschriften wie des Abs. (6) auch für Reihenurnengrabstätten im Gräberhain. Das Aufbringen der Gedenktafel kann hier sofort erfolgen, spätestens aber nach Ablauf von drei Monaten. Die Ruhefristen der bestatteten Urnen betragen 15 Jahre. Zubettungen von Urnen sowie Umbettungen von Urnen aus dieser Grabart werden nicht durchgeführt. Eine Abteilung dieser Grabart wird auf allen kommunalen Friedhöfen eingerichtet.

§ 7 Wahlgrabstätten

- (1) Das Nutzungsrecht entsteht nach Zahlung der fälligen Gebühr.
- (2) Der jeweilige Nutzungsberechtigte hat im Rahmen der Friedhofssatzung und der dazu ergangenen Regelung das Recht, in der Wahlgrabstätte beigesetzt zu werden, über andere Bestattungen und die Pflege der Grabstätte zu entscheiden.

- (3) Eine nachfolgende Erdbestattung oder Urnenbeisetzung kann nur erfolgen, wenn ein Nutzungsrecht an der Grabstätte besteht, das der Ruhefrist nach § 16 entspricht.
- (4) Die nachfolgenden Erdbestattungen oder Urnenbeisetzungen auf einer Wahlgrabstätte beantragt der Nutzungsberechtigte oder ein von ihm bevollmächtigter Vertreter unter Nachweis des Nutzungsrechtes.
- (5) Schon bei der Verleihung des Nutzungsrechtes soll der Erwerber für den Fall seines Ablebens aus dem in Satz 2 genannten Personenkreis seinen Nachfolger im Nutzungsrecht bestimmen und ihm das Nutzungsrecht durch einen Vertrag übertragen, der erst im Zeitpunkt des Todes des Übertragenden wirksam wird. Wird bis zu seinem Ableben keine derartige Regelung getroffen, geht das Nutzungsrecht in nachstehender Reihenfolge auf die Angehörigen des verstorbenen Nutzungsberechtigten über:
 - 5.1. auf den Ehegatten bzw. den Partner einer eingetragenen Lebensgemeinschaft,
 - 5.2. auf die Kinder,
 - 5.3. auf die Stiefkinder,
 - 5.4. auf die Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter und Mütter,
 - 5.5. auf die Eltern,
 - 5.6. auf die Geschwister,
 - 5.7. auf die Halbgeschwister,
 - 5.8. auf die Stiefgeschwister,
 - 5.9. auf den Partner einer auf Dauer angelegten nicht ehelichen Lebensgemeinschaft,
 - 5.10. auf die nicht unter 5.1. – 5.9. fallenden Erben.
- (6) Innerhalb der einzelnen Gruppen wird der Älteste Nutzungsberechtigte. Das Nutzungsrecht kann nur jeweils auf eine Person aus dem vorgenannten Kreis übertragen werden. Die Zustimmung der Friedhofsverwaltung ist einzuholen.
- (7) Jeder Rechtsnachfolger hat das Nutzungsrecht unverzüglich nach Erwerb auf sich umschreiben zu lassen. Aus dem Nutzungsrecht ergibt sich die Pflicht zur Anlage und zur Pflege der Grabstätte.
- (8) Der Nutzungsberechtigte hat jede Änderung seiner Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.
- (9) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit zurückgegeben werden.
- (10) Auf den Ablauf des Nutzungsrechtes wird der jeweilige Nutzungsberechtigte schriftlich, falls er nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln ist, durch eine öffentliche Bekanntmachung oder durch einen Hinweis auf der Grabstätte hingewiesen.
- (11) Erdwahlgrabstätten werden als ein- oder mehrstellige Grabstätten vergeben. Die Abmessungen betragen in gestalterisch geschlossenen Grabfeldern mind. 2,60 m Länge und 1,50 m Breite je Stelle. In jeder Wahlgrabstätte für Erdbestattungen können zusätzlich bis zu vier Urnen beigesetzt werden.
- (12) Das Ausmauern von Grabstätten ist nicht zulässig.
- (13) In Wahlgrabstätten für Erdbestattungen können mit Zustimmung der Friedhofsverwaltung Urnenbeisetzungen als Erstbestattungen erfolgen. Die Gebührenregelung wird von dieser veränderten Nutzung nicht beeinflusst.

§ 8 Urnengemeinschaftsanlagen und Ruhebäume

- (1) Das Ruherecht der Urnen in den Urnengemeinschaftsanlagen beträgt



15 Jahre. Die Dauer des Erhalts der Beisetzungsflächen wird von der zuletzt in der Gesamtanlage beigesetzten Urne bestimmt. Ein Nutzungsrecht wird durch die Beisetzung einer Urne nicht erworben.

- (2) Zur Wahrung des Charakters als Begräbnisort dürfen die Beisetzungsflächen nicht betreten werden. Blumengebinde, Kränze und sonstiger Grabschmuck sind nur auf den dafür vorgesehenen, von der Friedhofsverwaltung angelegten Flächen, abzulegen. Die Entfernung welcher Blumengebinde u. a. Grabbeigaben erfolgt regelmäßig durch die Friedhofsverwaltung.
- (3) Die Urnenbeisetzung in den Urnengemeinschaftsanlagen erfolgt ausschließlich in anonymer Form unter Ausschluss der Angehörigen. An jedem letzten Mittwoch der Monate Januar, März, Mai, Juli, September und November findet um 9:00 Uhr in der Trauerhalle des Nordfriedhofes eine feierliche Abschiednahme statt. An dieser können die Angehörigen aller Verstorbenen, die in den Urnengemeinschaftsanlagen anonym beigesetzt werden sollen, teilnehmen. Sollte der letzte Mittwoch dieser Monate auf einen Feiertag fallen, so findet die Abschiednahme an dem Werktag davor statt. Nach der gemeinschaftlichen anonymen Beisetzung in den Urnengemeinschaftsanlagen der jeweiligen Friedhöfe werden die Angehörigen hierüber informiert. Davon unabhängig, ist das vorherige Durchführen einer Trauerfeier nach Eintritt des Sterbefalles in herkömmlicher Form möglich.
- (4) Urnengemeinschaftsanlagen werden auf dem Nordfriedhof und den Stadtteilmfriedhöfen Schwarza, Volkstedt, Mörla und Schaala eingerichtet.
- (5) Baumbestattungen werden nur auf dem Nordfriedhof durchgeführt. Das Ruherecht der Urnen beträgt 15 Jahre. Blumengebinde, Kränze und sonstiger Grabschmuck dürfen nur zur Beisetzung einmalig niedergelegt werden.
- (6) Ausbettungen von Urnen aus den Urnengemeinschaftsanlagen und von Baumbestattungen sind ausgeschlossen.

§ 9 Ehrengrabstätten

- (1) Die Zuerkennung und Anlage von Ehrengrabstätten obliegt ausschließlich der Stadt Rudolstadt.
- (2) Auf dem Nordfriedhof bleiben die Abteilungen
 - 2.1. Volkstedter Bombenopfer
 - 2.2. Deutsche Soldaten des II. Weltkrieges
 - 2.3. Sowjetische Kriegsgefangene
 - 2.4. Kriegsoffer verschiedener Nationalitäten entsprechend dem Gesetz der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft (Gräbergesetz) erhalten.
- (3) Für auf den kommunalen Friedhöfen beigesetzte Ehrenbürger erfolgt die Pflege zu Lasten der Stadt Rudolstadt.

III. Ordnungsvorschriften

§ 10 Öffnungszeiten

- (1) Die Friedhofsverwaltung kann aus besonderem Anlass das Betreten eines Friedhofes oder einzelner Friedhofsteile vorübergehend untersagen.
- (2) Die Friedhöfe sind während der an ihren Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.

§ 11 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jeder hat sich auf den Friedhöfen der Würde des Ortes entsprechend zu

verhalten. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung hat das Hausrecht.

- (2) Kinder unter 10 Jahren dürfen die Friedhöfe nur in Begleitung Erwachsener betreten.
- (3) Auf den Friedhöfen ist es nicht gestattet:
 - 3.1. Die Wege mit Fahrzeugen aller Art zu befahren. Ausgenommen davon sind: Kinderwagen, Rollstühle sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und für den Friedhof zugelassenen Gewerbetreibenden sowie PKW mit Sondergenehmigung nach § 11 Abs. 7,
 - 3.2. an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - 3.3. ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten bzw. ohne vorherige Anzeige bei der Friedhofsverwaltung gewerbsmäßig zu fotografieren,
 - 3.4. Druckschriften zu verteilen, ausgenommen im Rahmen der Bestattungsfeier notwendige und übliche,
 - 3.5. Einrichtungen und Anlagen zu verunreinigen oder zu beschädigen sowie Rasenflächen und Grabstätten zu betreten,
 - 3.6. Blumen und Zweige abzureißen, abzuschneiden oder Blumen, Pflanzen oder Stecklingsware unbefugt zu entfernen,
 - 3.7. Abraum und Abfälle außerhalb der hierfür vorgesehenen Stellen abzulagern und nicht nach verrottbaren und nicht verrottbaren Material zu trennen,
 - 3.8. zu lärmern und spielen,
 - 3.9. Tiere mitzubringen, ausgenommen Hunde, die an der Leine zu führen sind,
 - 3.10. unpassende Gefäße (Konservendosen, Gläser u.a.) auf Grabstätten zu stellen sowie solche Gefäße, Gießkannen und Geräte zur Grabpflege zwischen oder hinter den Grabstätten abzustellen,
 - 3.11. Bänke oder andere Sitzgelegenheiten an den Grabstätten anzubringen,
 - 3.12. wegen bestehender/drohender Waldbrandgefahr zu rauchen,
 - 3.13. Streusalz, Unkrautvernichtung- und andere chemische Mittel zu verwenden,
 - 3.14. das Wirtschaftsgebäude unbefugt zu betreten sowie Materialien und Mittel mitzunehmen.
- (4) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit sie mit dem Zweck des Friedhofes und der Ordnung auf ihm vereinbar sind.
- (5) Totengedenkfeiern bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Sie sind eine Woche vorher anzumelden.
- (6) Kunststoffe und sonstige nicht verrottbare Werkstoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, im Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen.
- (7) Gehbehinderten und Schwerbeschädigten ist die Benutzung eines PKW auf den Hauptwegen des Nordfriedhofes nach erteilter Sondergenehmigung durch die Friedhofsverwaltung gestattet. Auf den Stadtteilmfriedhöfen ist das Befahren mit PKW nicht möglich.



- (8) Behinderten Bürgern wird beim Besuch von Trauerfeiern die Zufahrt zur Trauerhalle des Nordfriedhofes mit PKW gestattet. Eine weitere Benutzung des PKW zu Fahrten innerhalb des Friedhofes ist nicht gestattet.
- (9) Die Höchstgeschwindigkeit für alle Kraftfahrzeuge auf dem gesamten Friedhofsgelände beträgt 10 km/h. Bei anhaltenden Tau- oder Regenwetter kann die Friedhofsverwaltung das Befahren der Friedhofswege mit Fahrzeugen ausnahmslos untersagen.
- (10) Für die Anzeige Absatz 3 Buchstabe d gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) zum Verfahren über die einheitliche Stelle (§§ 71a bis 71e ThürVwVfG).

§ 12 Gewerbliche Betätigung auf dem Friedhof

- (1) Allen Angehörigen der Friedhofsverwaltung ist jede private Vertreter- und Vermittlungstätigkeit für gewerbliche Betriebe untersagt.
- (2) Steinmetze, Bildhauer, Gärtner, Bestatter und sonstige Gewerbetreibende haben die gewerbliche Tätigkeit auf den Friedhöfen der Friedhofsverwaltung vorher anzuzeigen.
- (3) Der Friedhofsverwaltung ist mit der Anzeige nachzuweisen, dass der Gewerbetreibende einen für die Ausführung seiner Tätigkeit ausreichenden Haftpflichtversicherungsschutz besitzt.
- (4) Auf Verlangen des Gewerbetreibenden stellt die Friedhofsverwaltung eine Berechtigungskarte aus. Die Gewerbetreibenden haben für ihre Mitarbeiter einen Bedienstetenausweis auszufertigen. Der Bedienstetenausweis und eine Kopie der Anzeige ist dem aufsichtsberechtigten Friedhofpersonal auf Verlangen vorzuzeigen.
- (5) Die Gewerbetreibenden und ihre Mitarbeiter haben die Friedhofssatzung und die dazu ergangenen Regelungen zu beachten. Die Betriebsinhaber haften für alle Schäden, die sie oder ihre Bediensteten im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf den Friedhöfen schuldhaft verursachen.
- (6) Gewerbliche Arbeiten auf den Friedhöfen dürfen nur Montag bis Freitag innerhalb der Öffnungszeiten ausgeführt werden. Die Arbeiten sind eine Stunde vor Ablauf der Öffnungszeiten des Friedhofes zu beenden. Soweit Öffnungszeiten nicht festgelegt sind, dürfen die Arbeiten in den Monaten März bis Oktober nicht vor 6.00 Uhr und in den Monaten November bis Februar nicht vor 7.00 Uhr begonnen werden. § 11 Abs. 3 Punkt 3.3. bleibt unberührt.
- (7) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf den Friedhöfen nur vorübergehend an den von der Friedhofsverwaltung ausgewiesenen Stellen gelagert werden. Gedenksteine, Einfassungen, Sockel usw., die wegen einer Beisetzung entfernt werden, dürfen nicht auf dem Friedhof gelagert werden. Nach Beendigung der Arbeiten sind die Arbeits- und Lagerplätze wieder in einen ordnungsgemäßen Zustand zu versetzen. Die Gewerbetreibenden dürfen auf den Friedhöfen keinerlei Abfall, Abraum-, Rest- und Verpackungsmaterial ablagern. Gewerbliche Geräte dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen der Friedhöfe gereinigt werden.
- (8) Die Friedhofsverwaltung kann die Tätigkeit der Gewerbetreibenden, die trotz Mahnung gegen die Vorschriften der Friedhofssatzung verstoßen, oder bei denen die Voraussetzungen des Abs. 2 ganz oder teilweise nicht mehr gegeben sind, auf Zeit oder Dauer untersagen. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist die Mahnung entbehrlich.
- (9) Für die Durchführung von Verwaltungsverfahren nach Absatz 2 gelten die Bestimmungen des Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetzes (ThürVwVfG) zum Verfahren über die einheitliche Stelle (§§ 71a bis 71e ThürVwVfG).

IV. Bestattungsvorschriften § 13 Allgemeines

- (1) Jede Bestattung ist unverzüglich nach Eintritt des Todes bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Der Anmeldung sind die erforderlichen Unterlagen beizufügen.
- (2) Wird die Bestattung in einer erworbenen Wahlgrabstätte beantragt, ist auch das Nutzungsrecht nachzuweisen.
- (3) Soll eine Aschenbeisetzung erfolgen, so ist eine Bescheinigung über die Einäscherung vorzulegen.
- (4) Den Ort einer Bestattung setzt die Friedhofsverwaltung fest. Die Zeit der Bestattung wird durch die Friedhofsverwaltung oder deren Beauftragten im Benehmen mit den Angehörigen festgesetzt.
- (5) Urnenbeisetzungen sowie Erdbestattungen erfolgen regelmäßig montags bis freitags in der Zeit von 9.00 Uhr bis 13.00 Uhr und an Samstagen in der Zeit von 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr.
- (6) Die Beisetzung darf frühestens 48 Stunden nach Eintritt des Todes erfolgen. Die Erdbestattung oder Einäscherung einer Leiche ist innerhalb von 10 Tagen nach Feststellung des Todes durchzuführen. Die Friedhofsverwaltung/Ordnungsamt oder das Gesundheitsamt kann die Bestattung oder Einäscherung vor dieser Frist anordnen, wenn gesundheitliche Gefahren zu befürchten sind. Terminveränderungen aus vgl. Gründen sind den Angehörigen mitzuteilen.
- (7) Die Friedhofsverwaltung kann die Aufbahrung von Verstorbenen im Aufbahrungsraum ablehnen, wenn der Zustand des Verstorbenen es nicht zulässt.
- (8) Leichen, die nicht binnen 10 Tagen nach Eintritt des Todes, und Aschen, die nicht binnen 6 Monaten nach der Einäscherung beigesetzt sind, werden auf Kosten des Bestattungspflichtigen von Amts wegen in einer Erdreihengrabstätte oder in der Urnengemeinschaftsanlage beigesetzt. Ausnahmen bilden gerichtlich angeordnete Beisetzungsverbote. Die untere Gesundheitsbehörde kann im Einzelfall, sofern gesundheitliche oder hygienische Bedenken nicht entgegenstehen, einer Fristverlängerung bis zur Bestattung oder Einäscherung zustimmen (ausgenommen § 6 Abs. 4 des Thüringer Bestattungsgesetzes).
- (9) Jede Leiche muss bestattet werden, Fehlgeburten und Leibesfrüchte aus Schwangerschaftsabbrüchen können auf Wunsch eines Elternteiles in der Abteilung für Kindergräber auf dem Nordfriedhof bestattet werden.

§ 14 Särge und Urnen

- (1) Die Särge müssen festgefügt und so abgedichtet sein, dass jedes Durchsickern von Feuchtigkeit ausgeschlossen ist. Särge, Sargausstattungen und Sargabdichtungen dürfen nicht aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt sein.
- (2) Die Särge dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Sind in Ausnahmefällen größere Särge erforderlich, ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen. Särge aus Hartholz sind für Reihen grabstätten nicht zugelassen.
- (3) Für die Bestattung in vorhandenen gemauerten Gräften sind nur Metallsärge oder Holzsärge mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind. Die Neuanlage von Gräften ist nur in Sonderfällen gestattet. Mit dem Öffnen und Schließen von Gräften für Bestattungen sind ausschließlich Fachfirmen zu beauftragen. Die Beauftragung ist durch den Nutzungsberechtigten nach Abstimmung mit der Friedhofsverwaltung zu veranlassen.



- (4) Das Material der Urnen und Überurnen soll leicht vergänglich sein. Nicht zulässig sind Überurnen aus Kunststein oder Kunststoff.

§ 15 Ausheben der Gräber

- (1) Die Gräber auf den Friedhöfen werden von der Friedhofsverwaltung oder in deren Auftrag ausgehoben und wieder verfüllt. Für das Öffnen und Schließen von Grüften gilt § 14 Abs. 3 dieser Satzung.
- (2) Die Tiefe der einzelnen Gräber beträgt von der Erdoberfläche (ohne Hügel) bis zur Oberkante des Sarges mindestens 0,90 m, bis zur Oberkante der Urne mindestens 0,50 m.
- (3) Die Gräber für Erdbestattung müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.
- (4) Der Nutzungsberechtigte hat Grabzubehör vorher entfernen zu lassen. Sofern beim Ausheben der Gräber Grabmale, Fundamente oder Grabzubehör entfernt werden müssen, sind die dadurch entstehenden Kosten durch den Nutzungsberechtigten zu erstatten.
- (5) Bei Erdbestattungen auf den Stadtteolfriedhöfen Schaala, Mörla, Keilhau und Volkstedt muss ein Austausch des Abdeckbodens zur Verbesserung der Belüftung vorgenommen werden. Die Berechnung der Leistung an den Bestattungspflichtigen erfolgt nach Aufwand.

§ 16 Ruhezeiten

- (1) Die Ruhezeit für Leichen –ausgenommen Stadtteolfriedhof Schwarzra nach § 5 Abs. 8 beträgt
 - 1.1. auf den Stadtteolfriedhöfen Mörla, Schaala, Keilhau und Volkstedt 30 Jahre
 - 1.2. auf dem Nordfriedhof und dem Stadtteolfriedhof Eichfeld 20 Jahre
- (2) Die Ruhezeit von Leichen von Kindern bis zu fünf Jahren beträgt 20 Jahre
- (3) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 15 Jahre

§ 17 Umbettungen

- (1) Die Ruhe der Toten darf grundsätzlich nicht gestört werden.
- (2) Umbettungen von Leichen und Aschen bedürfen, unbeschadet der sonstigen gesetzlichen Vorschriften, der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Genehmigung kann nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes erteilt werden, bei Umbettungen innerhalb der Stadt im ersten Jahr der Ruhezeit nur bei Vorliegen eines dringenden öffentlichen Interesses.
- (3) Nach Ablauf der Ruhezeit noch vorhandene Aschereste können nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung in belegte Grabstätten umgebettet werden. Noch aufgefundene Leichenreste werden in der gleichen Grabstätte am Fußende tiefer beigesetzt.
- (4) Alle Umbettungen erfolgen nur auf Antrag. Antragsberechtigt ist bei Umbettungen aus Grabstätten der jeweilige Nutzungsberechtigte bzw. der verfügungsberechtigte Angehörige des Verstorbenen.
- (5) Alle Umbettungen werden von der Friedhofsverwaltung durchgeführt, die sich dabei auch eines gewerblichen Unternehmens bedienen kann. Die Friedhofsverwaltung bestimmt den Zeitpunkt der Umbettung. In der Zeit vom 1. April bis 1. Oktober erfolgen keine Umbettungen von Leichen. Für die Leichenreste sind an Ort und Stelle neue Särge oder entsprechende Behältnisse bereit zu halten. Urnenumbettungen können ganzjährig erfolgen.

- (6) Die Kosten der Umbettung und den Ersatz von Schäden, die an benachbarten Grabstätten und Anlagen durch eine Umbettung entstehen, hat der Antragsteller zu tragen.
- (7) Der Ablauf der Ruhe- und Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.
- (8) Leichen dürfen zu anderen als zu Umbettungszwecken nur aufgrund behördlicher oder richterlicher Anordnung ausgegraben werden. Ausgrabungen oder Umbettungen von Leichen sind bis zu sechs Monate nach der Beisetzung unzulässig, sofern sie nicht richterlich angeordnet werden. Ausgrabungen und Umbettungen von Leichen bedürfen der Zustimmung der unteren Gesundheitsbehörde.
- (9) Das selbstständige Aufgraben von Grabstätten ist untersagt und wird nach § 168 Strafgesetzbuch mit Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bedroht.

V. Gestaltung von Grabstätten

§ 18 Allgemeine Gestaltungsgrundsätze

- (1) Jede Grabstätte ist so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und der Zweck dieser Satzung sowie die Würde des Friedhofes in seinen einzelnen Anlagen und in seiner Gesamtanlage mit seinem Erscheinungsbild als Grünanlage gewahrt wird.
- (2) Der Baumbestand auf den Friedhöfen steht unter besonderem Schutz. Es gilt das Thüringer Naturschutzgesetz (ThürNatG).
- (3) Das Aufbringen von Grabkies und die Abdeckung mit grabgroßen Platten ist bei Erdbestattungen untersagt. Ebenso ist das Aufbringen von Grabkies außerhalb der Grabfläche oder auf den neben der Grabfläche befindlichen Wegebereichen nicht gestattet. Kunstblumen, Kunstrasen, Zierzäune u. ä. sind als Grabschmuck nicht gestattet.

VI. Grabmale und bauliche Anlagen

§ 19 Allgemeine Anforderungen

- (1) Die Grabmale unterliegen in ihrer Gestaltung, Bearbeitung und Anpassung an die Umgebung den nachfolgend ausgewiesenen Mindestanforderungen. Die beinhalten Vorschriften über Material, Größe, Form, Bearbeitung, Schriftordnung sowie Hinweise über grundsätzliche Material- und Bearbeitungsverbote. Eine Verpflichtung zum Setzen eines Grabmals besteht nicht.

Allgemeine Anforderungen

Das Material muss wetterbeständig sein. Zu bevorzugen sind einheimische Natursteine. Holz- und Metallgrabmale sind zulässig. Holzgrabmale sollten und Metallgrabmale müssen mit Stein Gründung aufgestellt werden. Grabmale müssen sich in ihrer Materialauswahl harmonisch in das Gesamtbild des Friedhofes einfügen.

1.1. stehende Grabmale			
Art der Grabstätte	max. Höhe	max. breite	Mindeststärke
Erdwahlgrab 1-stellig	1,30 m	0,60 m	0,14 m
Erdwahlgrab mehrstellig	1,30 m	1,00 m	0,14m
Erdreihengrab	1,00 m	0,45 m	0,14 m
Kindergrab	0,80 m	0,50 m	0,12 m
Urnenreihengrab	0,80 m	0,45 m	0,12 m
Urnenreihengrab 2 Urnen	1,00 m	0,65 m	0,14 m
Urnenreihengrab 6 Urnen	1,00 m	0,65 m	0,14 m
1.2. liegende Grabmale			



Art der Grabstätte	max. Höhe	max. Breite	Mindeststärke
Erdwahlgrab 1-stellig	0,80 m	1,00 m	0,14 m
Erdwahlgrab mehrstellig	0,80 m	1,00 m	0,14 m
Erdreihengrab	0,60 m	0,50 m	0,12 m
Kindergrab	0,50 m	0,50 m	0,12 m
Urnenreihengrab	0,50 m	0,50 m	0,12 m
Urnenwahlgrab	0,60 m	0,60 m	0,12 m
Urnenwahlgrab 6 Urnen	0,60 m	0,60 m	0,12 m
Gräberhain	0,40 m	0,40 m	0,05 - 0,10m ansteigend

Liegende Grabmale können in allen Grabfeldern verwendet werden. Die Form der Grabmale soll schlicht, klar und materialgerecht sein und sich in das jeweilige Grabfeld einfügen. Die Bearbeitung der Grabmale sollte werkgerecht sein, wobei eine allseitige Bearbeitung anzustreben ist. Die Schrifttexte sollen klare, schlichte Aussagen über den Toten bzw. zusammenfassend über die in der Grabstätte bestatteten Personen enthalten. Die Inschriften müssen ausreichend tief bzw. erhaben gearbeitet werden, so dass die Lesbarkeit möglich ist. Namensschilder aus Holz oder Metall können als Provisorium aufgestellt werden. Soweit es der Friedhofsträger unter Beachtung des § 19 dieser Satzung für vertretbar hält, kann er Ausnahmen von den allgemeinen Anforderungen des § 19 zulassen. Es ist nicht gestattet, individuelle Sitzbänke, Schutzhüllen an Grabmalen, Werkzeuge, Gießkannen und ortsfeste Behältnisse auf oder in der Nähe von Grabstätten anzubringen oder zu lagern.

- (2) Grabeinfassungen an Grabstätten bedürfen ebenso wie Grabmale der vorherigen Genehmigung der Friedhofsverwaltung und sind entsprechend der Grabgröße anzulegen.

§ 20 Genehmigungserfordernis

- (1) Die Errichtung und jede Veränderung von Grabmalen bedarf der vorherigen schriftlichen Genehmigung der Friedhofsverwaltung. Sie soll bereits vor der Anfertigung oder der Veränderung der Grabmale eingeholt werden.
- (2) Den Anträgen ist zweifach beizufügen:
 - 2.1. Der Grabmalentwurf mit Grundriss und Seitenansicht im Maßstab 1:10 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, der Anordnung der Schrift, der Ornamente und der Symbole sowie der Fundamentierung.
 - 2.2. Soweit es zum Verständnis erforderlich ist, Zeichnungen der Schrift, der Ornamente und der Symbole im Maßstab 1:1 unter Angabe des Materials, seiner Bearbeitung, des Inhaltes, der Form und Anordnung.
- (3) In besonderen Fällen kann die Vorlage eines Modells im Maßstab 1:10 oder das Aufstellen einer Attrappe in natürlicher Größe auf der Grabstätte verlangt werden.
- (4) Die Errichtung und jede Veränderung aller sonstigen baulichen Anlagen bedürfen ebenfalls der vorherigen schriftlichen Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.
- (5) Die Zustimmung erlischt, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anla-

ge nicht binnen eines Jahres nach der Zustimmung errichtet worden ist.

- (6) Die provisorischen Grabmale sind nur als naturlasierte Holztafeln, Holzkreuze oder kleine Metalltafeln zulässig und dürfen nicht länger als 2 Jahre nach der Beisetzung verwendet werden. Nach diesem Zeitraum kann eine Entfernung durch die Friedhofsverwaltung erfolgen.

§ 21 Anlieferung

Bei der Anlieferung von Grabmalen oder sonstigen baulichen Anlagen ist der genehmigte Aufstellungsantrag mitzuführen und nach Aufforderung durch die Friedhofsverwaltung vorzuzeigen.

§ 22 Fundamentierung und Befestigung

- (1) Die Grabmale sind in ihrer Größe entsprechend den allgemein anerkannten Regeln des Handwerkes zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauerhaft und standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen oder sich senken können. Die Richtlinien für das Fundamentieren und Versetzen von Grabdenkmälern des Bundesinnungsverbandes des deutschen Steinmetz-, Stein- und Holzbildhauerhandwerkes sind einzuhalten.
- (2) Zur Befestigung der Grabmale mit dem Fundament dürfen nur rostfreie Metalldübel verwendet werden. Die Steinstärke muss die Standfestigkeit der Grabmale gewährleisten. Die Mindeststärke der Grabmale bestimmt sich nach dem § 19 dieser Friedhofsatzung.
- (3) Die Standfestigkeit der Grabmale wird einmal jährlich von der Friedhofsverwaltung überprüft.

§ 23 Unterhaltung

- (1) Die Grabmale und die sonstigen baulichen Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Verantwortlich ist der jeweilige Nutzungsberechtigte.
- (2) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, sonstigen baulichen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung Verantwortlichen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann die Friedhofsverwaltung auf Kosten des Verantwortlichen Sicherungsmaßnahmen, z. B. Umlegung von Grabmalen, treffen. Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher oder örtlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, das Grabmal oder Teile davon auf Kosten des Verantwortlichen zu entfernen. Die Stadt ist verpflichtet, diese Gegenstände drei Monate aufzubewahren. Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung oder ein Hinweisschild auf der Grabstätte, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.
- (3) Die Verantwortlichen sind für jeden Schaden haftbar, der durch das Umstürzen von Grabmalen oder Grabmalteilen verursacht wird.
- (4) Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale und bauliche Anlagen oder solche, die als besondere Eigenart eines Friedhofes erhalten bleiben sollen, werden in einem Verzeichnis geführt. Die Friedhofsverwaltung kann die Zustimmung zur Änderung derartiger Grabmale und baulichen Anlagen versagen. Insoweit sind die zuständigen Denkmalschutz- und Denkmalpflegebehörden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu beteiligen. In der Umgebung solcher geschützter Denkmale können besondere Formen der Grabgestaltung



oder –bepflanzung beibehalten oder gefordert werden, wenn sie für die Wirkung des Denkmals von Bedeutung sind.

§ 24 Entfernung

- (1) Vor Ablauf der Nutzungszeit dürfen Grabmale nur mit vorheriger Information an die Friedhofsverwaltung entfernt werden. Bei Grabmalen im Sinne des § 23 Abs. 4 kann die Friedhofsverwaltung die Zustimmung versagen.
- (2) Nach Ablauf der Ruhezeit bei Reihengrabstätten oder nach Ablauf der Nutzungszeit bei Wahlgrabstätten oder nach der Entziehung von Grabstätten und Nutzungsrechten sind die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen zu entfernen. Geschieht dies nicht innerhalb von drei Monaten, so ist die Friedhofsverwaltung berechtigt, die Grabstätte abräumen zu lassen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, das Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen für drei Monate zu verwahren. Grabmal oder sonstige bauliche Anlagen gehen entschädigungslos in das Eigentum der Stadt über, wenn dies bei Erwerb des Nutzungsrechtes oder bei Genehmigung für die Errichtung des Grabmals oder sonstiger baulicher Anlagen schriftlich vereinbart wurde. Sofern Wahlgrabstätten von der Friedhofsverwaltung abgeräumt werden, hat der jeweilige Nutzungsberechtigte die Kosten zu tragen.
- (3) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, ohne ihre Zustimmung aufgestellte Grabmale, wenn sie den Bestimmungen des Abschnittes VI (Grabmale und bauliche Anlagen) nicht entsprechen, auf Kosten des Nutzungsberechtigten zu entfernen, wenn er die Anlagen nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist beseitigt hat.

VII. Herrichtung und Pflege der Grabstätten

§ 25 Herrichtung und Unterhaltung

- (1) Alle Grabstätten müssen im Rahmen der Vorschriften des § 19 hergerichtet und dauernd instand gehalten werden. Dies gilt entsprechend für den Grabschmuck. Verwelkte Blumen und Kränze sind unverzüglich von den Grabstätten zu entfernen.
- (2) Die Gestaltung der Gräber ist dem Gesamtcharakter des Friedhofsteiles und der unmittelbaren Umgebung anzupassen. Die Grabstätten dürfen nur mit Pflanzen bepflanzt werden, die andere Grabstätten und die öffentlichen Anlagen und Wege nicht beeinträchtigen. Das Pflanzen von Hecken ist nur in älteren Erdwahlgrabfeldern gestattet. Diese Hecken dürfen nicht höher als 60 cm wachsen. Verwahrloste Hecken werden entschädigungslos zu Lasten des Nutzungsberechtigten entfernt.
- (3) Für die Herrichtung und Instandhaltung ist der jeweilige Nutzungsberechtigte verantwortlich.
- (4) Die Herrichtung der Grabstätte ist sobald wie möglich nach der Beisetzung vorzunehmen. Die Erstherrichtung der Grabstätte durch die Friedhofsverwaltung (Vorbereitung der Grabstätte für die Bestattung) ist durch den Erwerb des Nutzungsrechtes gewährleistet.
- (5) Die Gestaltung von Grabstätten ist ohne individuelle Zwischenwege vorzunehmen.
- (6) Die für die Grabstätten Verantwortlichen können die Grabstätten selbst anlegen und pflegen oder damit einen Friedhofsgärtner beauftragen, die Regelungen des § 11 Abs. 3 und 4 sowie des § 12 bleiben davon unberührt.
- (7) Die Herrichtung, Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt ausschließlich der Friedhofsverwaltung.

- (8) Bei der Durchführung von Grabpflegearbeiten dürfen die benachbarten Grabstätten weder betreten noch in Mitleidenschaft gezogen werden. Für entstandene Schäden haftet der Verursacher.
- (9) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Unkrautbekämpfungsmitteln bei der Grabpflege ist nicht gestattet.
- (10) Unzulässig ist
 - 10.1. das Pflanzen von Bäumen und großwüchsigen Sträuchern,
 - 10.2. das Einfassen der Grabstätten mit Steinen, Glas, Plastik, Zierzäunen o. ä.,
 - 10.3. das Errichten von Rankgerüsten, Gittern oder Pergolen.
- (11) Die Friedhofsverwaltung ist berechtigt, auf Kosten des Nutzungsberechtigten verbotene Beigaben oder Anlagen zu entfernen, wenn er die Anlagen nicht innerhalb einer ihm gesetzten, angemessenen Frist beseitigt hat (Ersatzvornahme).

§ 26 Vernachlässigung

- (1) Wird eine Grabstätte nicht ordnungsgemäß hergerichtet oder gepflegt, hat der Verantwortliche (§25 Abs. 3) nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen.
- (2) Ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird der unbekannte Verantwortliche durch einen Hinweis auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen.
- (3) Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung
 - 3.1. die Grabstätte oberirdisch abräumen, einebnen und einsäen und
 - 3.2. Grabmale und sonstige bauliche Anlagen beseitigen lassen.
- (4) Ist der Nutzungsberechtigte der Friedhofsverwaltung bekannt und kommt er seiner Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf seine Kosten in Ordnung bringen lassen oder das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen. Der Nutzungsberechtigte ist in einer schriftlichen Aufforderung auf die für ihn maßgeblichen Rechtsfolgen der Sätze 3 und 4 hinzuweisen.
- (5) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Abs. 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist der Verantwortliche nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck entfernen. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, den entfernten Grabschmuck aufzubewahren.
- (6) Die Wiedererrichtung solcher Grabstätten kann nur innerhalb der Ruhezeit nach Zahlung aller auflaufenden Kosten erfolgen. Bei Vergabe der Grabpflege an einen gewerblichen Friedhofsgärtner sind die bereits angefallenen Kosten dem Friedhof zu erstatten.

VIII. Aufbahrungen und Trauerfeiern

§ 27 Benutzung des Aufbahrungsraumes

- (1) Sofern keine gesundheitsaufsichtlichen oder sonstigen Bedenken bestehen, können die Angehörigen den Verstorbenen während der festgesetzten Zeiten (45 Minuten vor der Trauerfeier) sehen. Die Särge sind spätestens 15 Minuten vor Beginn der Trauerfeier oder Beisetzung endgültig zu schließen. Die Aufbahrung ist nur in dem vorgesehenen Aufbahrungsraum erlaubt.
- (2) Aufbahrungen der an meldepflichtigen übertragbaren Krankheiten



Verstorbenen bedürfen zusätzlich der vorherigen Zustimmung des Amtsarztes.

- (3) Diese Bestimmungen nach Abs. 1 bis 2 gelten für den Nordfriedhof. Auf den Stadtteilstiefriedhöfen ist die Aufbewahrung von Leichen oder Aschen nicht zulässig. Aufbahrungen sind nicht erlaubt.

§ 28 Trauerfeiern

- (1) Die Trauerfeiern können in den dafür vorgesehenen Feierhallen, am Grab oder an einer an deren im Freien dafür vorgesehenen Stelle nach Abstimmung mit der Friedhofsverwaltung abgehalten werden.
- (2) Trauerfeiern können in der Trauerhalle am Nordfriedhof sowie in den Friedhofskapellen der Ortsteilfriedhöfe Schaala und Schwarza abgehalten werden.
- (3) Die Benutzung der Trauerhalle am Nordfriedhof sowie der Friedhofskapellen der Ortsteilfriedhöfe ist mit der Friedhofsverwaltung oder deren Beauftragten mindestens 48 Stunden vorher zu vereinbaren.
- (4) Die Benutzung anderer Stellen des Friedhofes oder der Außenfriedhöfe ist mit der Friedhofsverwaltung vorher zu vereinbaren. Die Abhaltung besonderer Gedenkfeiern kann abgelehnt werden, wenn die Feier der Würde des Friedhofes widersprechen würde.
- (5) Die Benutzung der Feierhallen / Friedhofskapellen kann untersagt werden, wenn der Verstorbene an einer meldepflichtigen übertragbaren Krankheit gelitten hat. Ausschlaggebend ist im Zweifel die Einschätzung des Amtsarztes.
- (6) Jede Musik- und jede Gesangsdarbietung auf den Friedhöfen bedarf der vorherigen Anmeldung bei der Friedhofsverwaltung.
- (7) Der Blumentransport von der Feierhalle an die Grabstätte wird durch die Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung durchgeführt.

IX. Schlussvorschriften

§ 29 Alte Rechte

- (1) Bei Grabstätten, über welche die Friedhofsverwaltung bei Inkrafttreten dieser Satzung bereits verfügt hat, richten sich die Nutzungsrechte und die Gestaltung nach den bisherigen Vorschriften.
- (2) Im Übrigen findet diese Satzung Anwendung.

§ 30 Haftung

- (1) Die Stadt haftet nicht für Schäden, die durch nicht satzungsgemäße Benutzung der Friedhöfe, ihrer Anlagen, Einrichtungen und durch dritte Personen oder Tiere entstehen. Ihr obliegen keine besonderen Obhuts- und Überwachungspflichten. Im Übrigen haftet die Stadt nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Vorschriften über Amtshaftung bleiben unberührt.
- (2) Während der Wintermonate gewährleistet die Friedhofsverwaltung durch Räumen und Streuen den Zugang zum Friedhof, zur Trauerhalle am Nordfriedhof, auf den Hauptwegen und zu den Bestattungspätzen für bevorstehende Bestattungen. Auf den übrigen Friedhofsflächen herrscht eingeschränkter Winterdienst. Die Benutzung der Wege und Treppen erfolgt auf eigene Gefahr.

§ 31 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 19 der ThürKo handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- 1.1. den Friedhof entgegen der Bestimmung des § 10 betritt,
 - 1.2. sich auf dem Friedhof nicht der Würde des Ortes entsprechend verhält oder die Anordnungen des Friedhofspersonals nicht befolgt (§ 11 Abs. 1),

- 1.3. entgegen den Bestimmungen des § 11 Abs. 3,
 - 1.3.1. Friedhofswege mit Fahrzeugen ohne Erlaubnis befährt,
 - 1.3.2. an Sonn- und Feiertagen oder nahe einer Bestattung störende Arbeiten ausführt,
 - 1.3.3. ohne schriftlichen Auftrag eines Berechtigten fotografiert,
 - 1.3.4. Druckschriften verteilt, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen von Bestattungsfeiern notwendig und üblich sind,
 - 1.3.5. den Friedhof oder seine Einrichtungen und Anlagen verunreinigt oder beschädigt oder Rasenflächen oder Grabflächen unberechtigterweise betritt,
 - 1.3.6. Abraum oder Abfälle aller Art außerhalb der hierfür vorgesehenen Plätze ablegt,
 - 1.3.7. Tiere mitbringt, ausgenommen Hunde die an der Leine zu führen sind,
- 1.4. Umbettungen ohne vorherige Zustimmung vornimmt (§ 17 Abs. 1 – 5),
- 1.5. die Bestimmungen über zulässige Maße für Grabmale nicht einhält (§ 19 Abs. 1),
- 1.6. Grabmale oder Grabausstattungen ohne Zustimmung errichtet oder verändert (§ 20 Abs. 1 – 3),
- 1.7. Grabmale ohne vorherige Information an die Friedhofsverwaltung entfernt (§ 24),
- 1.8. Grabmale oder Grabausstattungen nicht in verkehrssicheren Zustand hält (§§ 22 und 23),
- 1.9. Streusalz, Unkrautvernichtungs- und andere chemische Mittel verwendet (§ 11 Abs. 3, Punkt 3.13.),
- 1.10. Grabstätten entgegen § 18 Abs. 3 mit Grababdeckungen versieht oder nicht oder entgegen §§ 18 Abs. 1 – 2 und 25 Abs. 1 – 5 bepflanzt,
- 1.11. Grabstätten vernachlässigt (§ 26),
- 1.12. den Aufbewahrungsraum entgegen § 27 betritt,
- 1.13. unpassende Gefäße auf die Grabstätten stellt sowie solche Gefäße, Gießkannen und Geräte zur Grabpflege zwischen oder hinter den Grabstätten abstellt (§ 11 Abs. 3, Punkt 3.10.),
- 1.14. auf dem Friedhofsgelände raucht (§ 11 Abs. 3, Punkt 3.12.),
- 1.15. Ordnungswidrig handelt auch derjenige, der vorsätzlich oder fahrlässig vollziehbaren Handlungen des Aufsichtspersonals nach § 11 Abs. 1 dieser Satzung nicht Folge leistet.

- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung.

§ 32 Gebühren

Für die Benutzung der von der Stadt Rudolstadt verwalteten Friedhöfe und ihrer Einrichtungen sind Gebühren nach der Satzung der Stadt Rudolstadt über die Gebühren für die Benutzung der städtischen Friedhöfe (RuFriedGebS) zu entrichten.

§ 33 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig treten die bisher gültige Satzung der Stadt Rudolstadt über die Benutzung der städtischen Bestattungseinrichtungen vom 23.03.2005 (Amtsblatt 6/2005 vom 06.04.2005), die 1. Änderungssatzung vom 06.02.2007 (Amtsblatt 03/2007 vom 21.02.2007), die 2. Änderungssatzung vom 07.12.2009 (Amtsblatt 01/2010 vom 27.01.2010) und die 3. Änderungssatzung vom 19.10.2010 (Amtsblatt 19/2010 vom 03.11.2010 Seite 21 – 22) außer Kraft.

Rudolstadt, den 26.01.2017
Stadt Rudolstadt

Jörg Reichl
Bürgermeister



Öffentliche Bekanntmachung über die Festsetzung der Grundsteuer A und B in der Stadt Rudolstadt für das Jahr 2017

Auf Grundlage der Vorschriften des § 27 Abs. 3 Grundsteuergesetz (in der Fassung des Gesetzes vom 07.08.1973, BGBl. I S. 965, zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008, BGBl. I S. 2794) gibt die Stadt Rudolstadt Folgendes bekannt:

Für alle diejenigen Grundstücke, deren Bemessungsgrundlage (Grundsteuermessbetrag) sich seit der letzten Bescheiderteilung nicht geändert hat, wird die Grundsteuer für das Kalenderjahr 2017 in gleicher Höhe wie im Vorjahr durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt.

Gemäß § 1 Abs. 1 Nr. 1 a und b Rudolstädter Hebesatzsatzung (RuHebsaS) vom 07.04.2016 (bekanntgemacht im Amtsblatt Nr. 06/2016 vom 14.05.2016) wurden die Hebesätze der Grundsteuer A auf 295 v.H. und der Grundsteuer B auf 402 v.H. festgesetzt. Gegenüber dem Kalenderjahr 2016 ist **keine Änderung** eingetreten, so dass auf die Erteilung von Grundsteuerbescheiden für das Kalenderjahr 2017 verzichtet wird.

Die Grundsteuer 2017 ist wie folgt fällig:

1. Zum **15. Februar, 15. Mai, 15. August, 15. November** zu je einem Viertel der Jahressteuer, soweit nicht Nr. 2 oder 3 Anwendung finden.
2. Am 15. August mit dem Jahresbetrag, wenn dieser 15,00 € nicht übersteigt.
3. Am 01. Juli mit dem Jahresbetrag, wenn von der Möglichkeit des § 28 Abs. 3 GrStG (Jahreszahlung) Gebrauch gemacht worden ist.

Mit dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung dieser Steuerfestsetzung treten für die Steuerpflichtigen die gleichen Rechtswirkungen ein, als wenn ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre.

Die Steuerfestsetzung kann innerhalb einer Frist von einem Monat durch Widerspruch angefochten werden. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Rudolstadt, Markt 7, 07407 Rudolstadt einzulegen. Die Frist beginnt am Tage nach dieser öffentlichen Bekanntmachung. Durch die Einlegung des Widerspruchs wird die Wirksamkeit des mit öffentlicher Bekanntgabe erteilten Bescheides nicht gehemmt, insbesondere die Einziehung der festgesetzten Steuer nicht aufgehoben.

Jauch
Sachgebietsleiterin Steuern

Grundsteuer B – Überprüfung der Grundsteuer – Anmeldung nach §§ 42 ff Grundsteuergesetz (GrStG) für das Jahr 2017

Bei Mietwohngrundstücken und Einfamilienhäusern, für die durch das Finanzamt Pöbneck kein Einheitswert (Grundsteuermessbetrag) festgestellt worden ist, bemisst sich der Jahresbetrag der Grundsteuer B nach der Wohn- oder Nutzfläche (Ersatzbemessungsgrundlage) der Grundstücke. Die Grundsteuer B wird dabei nach §§ 42 und 44 GrStG ermittelt. Die Eigentümer (ggf. Verwalter) dieser Grundstücke haben in diesen Fällen zur Ermittlung der Grundsteuer B eine Grundsteuer-Anmeldung einzureichen. Haben sich am Grundstück seit der letzten Überprüfung Änderungen ergeben (z.B. Modernisierungen, Änderungen der Wohn- und Nutzfläche, Schaffung von Stellplätzen für PKW etc.), so ist durch die Steuerpflichtigen bzw. deren Beauftragte eine neue Grundsteuer-Anmeldung einzureichen. Dabei müssen Baumaßnahmen bis spätestens 31.12.2016 abgeschlossen sein. Die Vordrucke zur Grundsteuer-Anmeldung sind zu den jeweiligen Sprechzeiten der Stadtverwaltung Rudolstadt im Sachgebiet Steuern erhältlich. Sollten seit der letzten Grundsteuer-Anmeldung keine Veränderungen am Wohngrundstück oder Einfamilienhaus erfolgt sein, so ist keine neue Grundsteuer-Anmeldung erforderlich.

Jauch
Sachgebietsleiterin Steuern

„Pendlertag“ der Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung im Rathaus

Für alle, die gern wieder in Thüringen leben und arbeiten möchten, führt die Thüringer Agentur für Fachkräftegewinnung (thaff) am Sonnabend, **04. März, von 10.00 bis 15.00 Uhr**, im Bürgerservice des Rathauses Rudolstadt, Markt 7, einen „Pendlertag“ durch.

Thüringens Wirtschaft wächst dynamisch und viele Unternehmen setzen auf Wachstumskurs. Um erfolgreich zu sein brauchen sie engagierte und qualifizierte Fachkräfte. Für Berufspendler und Rückkehrer bieten sich angesichts dieser positiven Entwicklung eine ganze Reihe von guten Karrierechancen. Wie Berufspendler und Rückkehrwillige ihren Weg zurück nach Thüringen finden, das möchte die thaff während dieser „Pendlertage“ zeigen.

In der Zeit zwischen 10 und 18 Uhr können Interessenten sich über konkrete Berufs- und Wiedereinstiegsmöglichkeiten, aktuelle Stellenangebote in der Wunschregion sowie Unterstützungsangebote informieren. Auf Wunsch überprüfen die Mitarbeiter der thaff an diesem Tag Bewerbungsunterlagen und geben wertvolle Tipps für eine gelungene Selbstpräsentation. Eine Terminvereinbarung ist nicht notwendig – man kann einfach spontan vorbeikommen.

Hinweis auf Bekanntmachungen des ZWA im Amtsblatt

Entsprechend dem ThürKGG § 22 Abs. 2 weist die Stadt Rudolstadt als Verbandsmitglied darauf hin, dass die Veröffentlichung der Bekanntmachung der Haushaltsatzung und des Wirtschaftsplans des Zweckverbands Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung für die Städte und Gemeinden des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt (ZWA) im Gemeinsamen Amtsblatt des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt, der Städte Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg Nr. 01/17 vom 21. Januar 2017 erfolgt ist.

Hinweis auf Stellenausschreibung



Bei der **Stadt Rudolstadt** sind voraussichtlich folgende Stellen zu besetzen:

3 Saisonkräfte in den Thüringer Bauernhäusern
(vom 01.04.2017 bis 31.10.2017)

1 Ausbildungsstelle
als **Kauffrau/Kaufmann für Tourismus und Freizeit**
(ab 15.08.2017)

Nähere Informationen zu den Aufgabenschwerpunkten, dem Anforderungsprofil und zu den Bewerbungsfristen erhalten Sie im Internet: www.rudolstadt.de, Rubrik "AKTUELLES". Für Fragen zu den Ausschreibungen erreichen Sie uns unter 03672/486-303/7 oder über personal@rudolstadt.de. Gern lassen wir Ihnen auch den ausführlichen Ausschreibungstext zukommen.

Ihre aussagefähigen Bewerbungsunterlagen werden erbeten an:
Stadt Rudolstadt, Fachdienst Personal, Markt 7, 07407 Rudolstadt
oder per E-Mail: personal@rudolstadt.de

Hinweis:

Tagesaktuelle Meldungen und die Berichte des Bürgermeisters in den Stadtratssitzungen finden Sie unter www.rudolstadt.de im Bereich „Aktuelles“. Im ausdrucksfähigen PDF-Format sind dort auch die jeweiligen Ausgaben der Amtsblätter aufgelistet.

- Ende des amtlichen Teiles – Stadt Rudolstadt